
ÄRZTE SEHEN THERAPIEFREIHEIT IN GEFAHR: BEFRAGUNG DECKT MÄNGEL DES DEUTSCHEN GESUNDHEITSSYSTEMS AUF

eur Berlin, 17. Oktober 2008 – Fast drei Viertel (73 Prozent) der niedergelassenen Ärzte in Deutschland sind der Meinung, dass die Therapiefreiheit in Deutschland nicht mehr gewährleistet ist. Vor allem der Kostendruck aufgrund der Budgetierung von Leistungen, Ausgabenbeschränkungen und der negative Einfluss von Regressandrohungen sind Gründe dafür, dass Mediziner in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt werden. Dies sind Ergebnisse der Ärztebefragung „Gesundheitsstandort Deutschland im Ärztecheck“, die im August 2008 im Auftrag des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) und des NAV-Virchow-Bundes, Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands, durchgeführt wurde. Das Meinungsforschungsinstitut TNS Healthcare befragte 802 niedergelassene Ärzte, darunter 500 Allgemeinmediziner, praktische Ärzte und Internisten sowie 302 Fachärzte, zu ihrer Einschätzung des deutschen Gesundheitssystems. Hierzu erklärt Dr. Klaus Bittmann, Bundesvorsitzender des NAV-Virchow-Bundes: „Die Umfrage zeigt deutlich, dass der Arztberuf viel an Attraktivität verloren hat.“

Verschlechterung der Qualität der Patientenversorgung erwartet

Die medizinische Versorgungsqualität der Patienten in Deutschland wird sich nach Meinung der befragten Mediziner in den nächsten Jahren erheblich verschlechtern. Während diese derzeit in der eigenen Region noch von 74 Prozent als gut eingeschätzt wird, glaubt nur noch knapp ein Viertel der Befragten, dass dies auch noch in zehn Jahren der Fall sein wird. Mehr als ein Drittel der Ärzte glaubt sogar an eine schlechte oder sehr schlechte Versorgungsqualität in naher Zukunft. Vor allem der hohe Verwaltungs- und Bürokratieaufwand sowie die Budgetierung wirken sich nach Meinung der Mediziner negativ auf die Versorgung gesetzlich versicherter Patienten aus. Cornelia Yzer, Hauptgeschäftsführerin des VFA: „Ich sehe vor allem eine Gefahr, dass es künftig Patienten geben wird, deren Krankheitsbilder im Lichte der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen und solche, deren Krankheiten in den Schatten gesellschaftlicher Stigmata verbannt werden. Es ist ein Alarmsignal, wenn uns die Ärzte in der vorliegenden Umfrage mitteilen, dass bei Indikationen wie Krebs oder HIV Therapiefortschritte den Patienten erreichen, dass sie aber bei Erkrankungen wie Depression oder Demenz ernste Zweifel daran haben. Wenn wir nicht aufpassen, sehen wir hier die Vorboten einer gefährlichen Weichenstellung: Krankheiten mit Lobby und Krankheiten ohne eine solche und im nächsten Schritt Versorgung mit Innovationsvorfahrt und Versorgung mit Innovationsbremse.“

Abschaffung der Budgetierung gewünscht

92 Prozent der Befragten geben an, dass Ärzte mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen über die Verordnungsfähigkeit von innovativen Arzneimitteln haben sollten. Bei

der Frage nach gesundheitspolitischen Weichen, die für die zukünftige Sicherung der Versorgung gesetzlich versicherter Patienten gestellt werden sollten, werden der Abbau von Bürokratie, eine leistungsgerechte Honorierung, eine höhere Selbstbeteiligung für Patienten und vor allem die Abschaffung der Budgetierung genannt. Der Zugang zu innovativen Medikamenten bleibt den Patienten häufig verwehrt. Der Therapiefortschritt kommt nicht bei allen Patienten an. Dies betrifft nach Meinung der Ärzte vor allem gesetzlich Versicherte mit den Indikationen Depression und Demenz. Lediglich 40 Prozent der Ärzte glauben, dass der Therapiefortschritt depressive Patienten noch erreicht und nur ein Fünftel der Befragten gibt an, dass der Therapiefortschritt bei Demenzkranken ankommt.

69 Prozent der Ärzte würden auswandern

Die Mängel des Gesundheitssystems dämpfen die Motivation der Ärzte. 69 Prozent aller befragten Ärzte haben sich schon einmal überlegt, im Ausland zu praktizieren. Bei den Fachärzten sind es gar 74 Prozent. Als Beweggründe für diese Überlegungen werden bei der überwiegenden Mehrheit der Befragten der Verwaltungsaufwand (85 Prozent), das Einkommen (82 Prozent), die medizinische Versorgung (77 Prozent) sowie die Therapiefreiheit (76 Prozent) genannt. Auch die leichtere Einsetzbarkeit innovativer Arzneimittel wird von der Mehrheit als Grund aufgeführt (55 Prozent). Die Umfrage hat zudem ergeben, dass fast ein Drittel der Befragten den Arztberuf heute eher nicht mehr ergreifen würde. Vor allem Neurologen (38 Prozent) und Onkologen (36 Prozent) würden heute einen anderen Beruf wählen. Bittmann: „Die überbordende Bürokratie und unausgegorene gesundheitspolitische Vorstellungen der Politik schränken die Therapiefreiheit immer weiter ein und verschlechtern die Versorgungsqualität. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass sich immer weniger Kolleginnen und Kollegen für die Niederlassung als Vertragsarzt entscheiden.“ „Wir können nicht länger am Postulat einer gesetzlichen Versicherung, die allen alles bezahlt, festhalten. Denn dieses Postulat macht die Ärzte zu verdeckten Sachbearbeitern der Krankenkasse. Sie sollen das System möglichst ohne viel Aufhebens lebensfähig rationieren. Dagegen wehren sie sich zu Recht. Wir können nicht länger ordnungspolitische Feigheit zulasten der Ärzte praktizieren.“ sagt Yzer.

Die digitale Pressemappe finden Sie auch im Internet unter

www.vfa.de/pk20081017

Der NAV-Virchow-Bund ist der einzige freie ärztliche Verband, der ausschließlich die Interessen aller niederlassungswilligen, niedergelassenen und ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte aller Fachgebiete vertritt.

Der Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (VFA) ist der Wirtschaftsverband der forschenden Arzneimittelhersteller in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 46 weltweit führenden Herstellern und ihren über 100 Tochter- und Schwesterfirmen in der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder des VFA repräsentieren rund zwei Drittel des gesamten deutschen Arzneimittelmarktes und beschäftigen in Deutschland rund 90.000 Mitarbeiter. 17.000 davon arbeiten in Forschung und Entwicklung.

NAV-Virchow-Bund, Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands
Chausseestraße 119b, 10115 Berlin
Leiter der Pressestelle: Klaus Greppmeir
Julia Bathelt, Rüdiger Meixner (Pressereferenten)
Telefon (030) 28 87 74-22, Fax (030) 28 87 74-15, Email: presse@nav-virchowbund.de
NAV-Virchow-Bund im Internet: <http://www.nav-virchowbund.de>